

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 6 (1926-1927)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Einiges über vatikanische Politik.

Das viel erörterte Vorgehen des Papstes gegen die „Action Française“ am Ende des vorigen Jahres, die Ansprachen der päpstlichen Geschäftsträger bei den Neujahrsempfängen in Paris und Berlin und anderes mehr, sind als Anzeichen einer besonderen Aktivität der gegenwärtigen vatikanischen Politik anzusehen. Daß eine solche auch ihre Auswirkung auf unsere schweizerischen Verhältnisse haben muß, ist selbstverständlich, äußert sich doch die enge geistige Schicksalsgemeinschaft der Staaten- und Völkerwelt des europäischen Festlandes niemals deutlicher als angesichts der bis auf die großen Auseinandersetzungen des Mittelalters und der Reformationszeit zurückgehenden Bestrebungen Roms und des Heiligen Stuhles. Ein Verständnis der Auswirkungen in unserm eigenen Land ist allerdings nur möglich bei gleichzeitiger Erkenntnis der entsprechenden Vorgänge und Verhältnisse im Ausland.

* * *

Für Charles Maurras, der neben Leon Daudet der Führer der „Action Française“ ist und dessen Schriften jetzt vom Papst auf den Index gesetzt worden sind, ist die katholische Kirche in erster Linie die Erbin des lateinisch-römischen Geistes. Ein grader Weg führt über sie vom griechischen zum römischen und französischen Geist, der ihm den Inbegriff aller Kultur bedeutet. Die kirchliche Autorität anerkennt er nur insofern, als ihre Richtlinien und Entscheidungen mit den wesentlichen Belangen der französischen Nation übereinstimmen. In der „Action Française“ streiten daher Schulter an Schulter Gläubige und Nichtgläubige für die Verwirklichung französisch-nationaler Zwecke und Ziele.¹⁾ — Gegen Maurras und die „Action Française“ hat der Papst nun u. a. die Verfügung getroffen:

„Es ist den Katholiken nicht erlaubt, an einem Programm mitzuwirken oder einer Schule anzugehören, die die Politik vor die Religion stellt und diese für jene benützt.“²⁾

„Es ist Katholiken nicht erlaubt, Zeitungen zu halten, zu begünstigen oder zu lesen, die unter der Leitung von Leuten stehen, deren Schriften verdammungswürdig sind.“

Diese Verfügung des Papstes wird in den Kreisen der „Action Française“ als ein unmittelbar gegen Frankreich gerichteter Akt von politischer Tragweite empfunden und dementsprechend mit aller Entschiedenheit abgelehnt.³⁾ So liest man in der „Action Française“: „In der Lage, in der sich Frankreich befindet, ist das in erster Linie ein politischer Akt, ein Akt, der Frankreich großen Schaden zufügt. Wenn wir gehorchen, hören wir auf, gute Franzosen zu sein. Wir werden aber unser Vaterland nicht verraten. Non possumus! Wir können

¹⁾ Vergl. darüber den Aufsatz von Paul de Chastonay: „Charles Maurras und der Katholizismus“ im Dezemberheft der „Schweizerischen Rundschau“ (Benziger, Einsiedeln). Diese Zeitschrift ist überdies unter den schweizerischen Parteizeitschriften die bei weitem inhaltsreichste und bestgeleitete.

²⁾ Über die grundsätzliche Einstellung des neueren römischen Katholizismus zu Staat und Politik unterrichtet ziemlich erschöpfend die Schrift des Tübinger Universitätsprofessors Otto Schilling: „Die Staats- und Soziallehre des Papstes Leo XIII.“ (Bachem, Köln, 1925; 188 S.). Sie gibt in leichtverständlicher Form anhand der Enzykliken und Episteln Leos eine vollständige Darstellung der gesamten Lehren und Auffassungen dieses für den neuen Katholizismus richtungbestimmenden Papstes.

³⁾ Es geht neuestens in diesen Kreisen sogar das Gerücht von der Aufstellung eines französischen Gegenpapstes in Avignon!

nicht.“ Und in dem Neujahrsglückwunsch Maglione's, des päpstlichen Geschäftsträgers in Paris, für Briand und seine Politik, erblickt Daudet nichts anderes als einen Versuch, die Kandidatur Briands zum Ministerpräsidenten durchzusetzen, d. h. Poincaré auszuschiffen, weil dieser den Straßburger Bischof Ruch vor den römisch-deutschen Intrigen in Schutz nehme, die auf eine Förderung der autonomistischen Treibereien in Elsaß-Lothringen abzielten. Ähnliche politische Absichten werden der päpstlichen Diplomatie auch in anderen nationalistisch-französisch gerichteten Organen zugeschrieben, wie beispielsweise in der „Gazette de Lausanne“, die in ihrer Nummer vom 30. Dezember darüber schrieb:

„Auf jeden Fall handelt es sich um ein politisches Phänomen von großer Tragweite. Wie soll man nicht über die so verschiedene Haltung des Papstes gegenüber dem italienischen Faschismus und der „Action Française“ erstaunt sein? ... Der Papst sieht mit Sympathie den Anstrengungen Briands zu, die auf eine Annäherung Deutschlands und Frankreichs zielen. ... In Maurras hat er den unveröhnlichen Feind des Germanismus treffen wollen. Pius XI. gilt als stark dem Einfluß der Deutschen und Österreicher unterstehend, die zum Vatikan ihre kleinen Zugänge haben. ... Diese Prälaten sehen auch, nach dem baldigen Anschluß Österreichs an Deutschland, eine große deutsch-katholische Macht, die sich im Süden des Reichs bildet, dem protestantischen Preußen den Rang ablauft und die Politik des Heiligen Stuhles in Europa unterstützt.“

Wie dürfte es sich aber in Wirklichkeit mit der päpstlichen Politik verhalten? Darüber geben folgende Ausführungen eines französischen Blattes (L'Opinion) einige Auskunft:

„Neben der seit 1924 durch die Wahlen geschwächten und hinsichtlich ihrer religiösen Überzeugungen und ihrer Rechtgläubigkeit sehr verdächtigen Royalistenpartei hat Rom seit dem Krieg die Bildung einer 2,500,000 Mitglieder starken nationalen katholischen Vereinigung gesehen. Hier mußte die Diplomatie des Heiligen Stuhles notwendigerweise Verbündete suchen und leicht finden zum Angriff auf die laizistische und atheistische Regierung und zur Wiedereroberung des vor zwanzig Jahren verlorenen Einflusses in Frankreich. Um eine völlig einheitliche und disziplinierte katholische französische Partei zu schaffen, mußten die widerständigen Kräfte der äußersten Rechten ausgeschieden oder aufgesogen werden.“

In engstem Zusammenhang mit der Schaffung einer derartigen einheitlichen, der Autorität Roms zuverlässig unterworfenen französisch-katholischen Partei stehen die Vorgänge in Elsaß-Lothringen seit dem Übergang dieses Landes an Frankreich. Der französische Katholizismus hat in dem Widerstand des in deutscher Zeit organisatorisch wie geistig erstarkten elsäß-lothringischen Katholizismus gegen die Herriot'sche Laiengesetzgebung eine ungeahnte Rückenstärkung erfahren. Dieser elsäß-lothringische Widerstand auf religionspolitischem Gebiet hatte seinerseits seine Hauptkraftquelle wieder in der allgemeinen Unzufriedenheit des Landes gegen das französische Regime überhaupt, wie sie sich in der Heimatrecht- und Autonomiebewegung ausdrückt. So lag es in der Linie der vatikanischen Politik, einerseits diesen Selbstständigkeitsregungen in Elsaß-Lothringen, aus denen der französische Katholizismus so große Kraft zog, wohlwollend gegenüberzustehen — der untere Klerus in Elsaß-Lothringen ist ein Hauptträger der Bewegung —, andererseits die große Unannehmlichkeit, die der französischen Regierung daraus entstand, als Druckmittel zu benutzen, durch das die französische Regierung gegenüber den kirchlichen Bestrebungen im eigenen Land nachgiebiger gemacht werden konnte. Als Entgelt für eine solche Nachgiebigkeit half die Kurie der französischen Regierung dann auf dem Wege über den Straßburger Bischof Ruch bei der Dämpfung dieser selben elsäßischen Autonomiebewegung. Als letztes Ziel schwebt dabei der päpstlichen Politik vor, den französischen Katholizismus aus seiner heute vorwiegenden Oppositionsstellung gegen den jetzigen französischen Staat herauszuheben und zu engster

Mitarbeit daran zu verhalten. Sie sieht in einem solchen unmittelbaren Mitwirken am politisch-parlamentarischen Leben und in der Besetzung zahlreicher Beamten- und Lehrstellen der staatlichen Behörden und Anstalten größere Möglichkeiten und bessere Aussichten für den Katholizismus, in Frankreich wieder zu herrschender Macht zu gelangen.

Über die Rückwirkung dieser neuesten vatikanischen Politik auf die Schweiz hat sich der „Courrier de Genève“, das führende Blatt der welschen, bezw. sich an Frankreich anlehnenen Katholiken, wie folgt geäußert:

„Für die Katholiken der „Action Française“ ist die Prüfung bitter. Sie trifft bei uns (d. h. in der Schweiz) einen Teil der intellektuellen Jugend, die Charles Maurras zum Führer auserkoren hatte. Aber Gehorsam in erster Linie. Wir sind überzeugt, daß in der welschen Schweiz die Anweisungen des Heiligen Stuhles betreffs der „Action Française“ getreulich befolgt werden. Das ist allerdings nicht alles. Dieser Gehorsam muß auch die bewußte Zustimmung der ganzen Persönlichkeit erhalten und das fordert eine lange und mühselige Revisionsarbeit für diejenigen, die seit Jahren aus der „Action Française“ ihre tägliche Lektüre gemacht hatten.“

Da indessen die Zahl der welschen Katholiken gering ist — die Beziehungen der freiburgischen Katholiken gehen mindestens ebenso zahlreich zum österreichischen oder deutschen Katholizismus wie zum französischen —, wird der Schritt des Papstes gegen die „Action Française“ in der welschen Schweiz keine weiten Kreise treffen. Der größere Teil der dortigen Anhänger der „Action Française“ dürfte sich aus nichtkatholischen Kreisen rekrutieren und wird sich entsprechend nicht an die Verordnungen des Vatikans halten, sondern nach wie vor auf die Lehren der Maurras und Daudet schwören. Mit dem Unterschied vielleicht, daß sie künftig im ultramontanen Katholizismus, wenn nicht direkt einen Gegner, so zum mindesten einen unzuverlässigen Bundesgenossen im Kampf für nationale Ziele erblicken werden. Irgendwelche Stoßkraft ist dieser Schwärmerei eines Teiles unserer welschschweizerischen Intelligenz — die sich überdies auch auf studentische Kreise deutschschweizerischer Universitäten erstreckte — für die Ideale der „Action Française“, oder in letzter Zeit auch des französischen Faschismus von der Art von Georges Valois oder schließlich des italienischen Faschismus, nicht zugekommen. Was die jungen Leute daran anzog, war die unerbittliche Kritik am heutigen Parlamentarismus und an der Demokratie und — der wütende Antisemitismus. Anleitung zu aufbauender Staatstätigkeit konnten sie dort weder suchen noch finden. Immerhin genügte das, sie von positiver Mitarbeit am eigenen Staate fernzuhalten. Ein Organ der Bewegung, „La Nouvelle Revue Romande“ in Lausanne, ist seit langem dem Sterben näher als dem Leben.

*

*

*

In vielem verschieden und in den Hauptzügen doch wieder ähnlich liegen die Verhältnisse in Italien und dem entsprechenden schweizerischen Landesteil, im Tessin. Was der französische Nationalismus eines Maurras und Daudet seit Jahrzehnten versucht hat: die katholische Kirche in seinen Dienst zu stellen, genau das gleiche versucht heute der im faschistischen Regime zur Krönung gelangte italienische Nationalismus. Von Mussolini stammen die Worte:

„Der Faschismus hat das italienische Volk wieder mit den Überlieferungen der Vergangenheit verbunden und es vor den ewigen Werten der Kirche und der Nation sich beugen heißen.“

Bekannt ist die unter ihm erfolgte Wiedereinführung des Kreuzzuges in den Schulen, bekannt auch seine jüngste Verfügung, durch die alle Jugendorganisationen (mit Ausnahme derjenigen der katholischen Pfadfinder in Orten mit über 20,000 Einwohnern) zugunsten der faschistischen „Balilla“ aufgehoben werden. Zum Entgelt wird der Kirche innerhalb dieser faschistischen Organisationen ein erheblicher Erziehungseinfluß zugestanden. Gerade diese letztere Verfügung wird aber in kirchlichen Kreisen wieder äußerst schmerzlich empfunden:

sie degradiert die Kirche zum Diener des italienischen Staates, nimmt ihr ihre letzte Freiheit, einen Teil der Jugend ausschließlich für ihre eigenen katholischen kirchlichen Zwecke zu erziehen. Aber was sich der Vatikan in Frankreich gegenüber einer „Action Française“ gestatten kann, kann er sich nicht in Italien gegenüber dem Faschismus leisten. Denn letzten Endes ist er doch dessen Gefangener. Und wie wenig Skrupeln der Faschismus einem unliebsamen Gegner gegenüber kennt, hat die Erfahrung der vergangenen Jahre zur Genüge gelehrt. Also gilt es gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Daher sind die Äußerungen Pius XI. bei seiner Weihnachtsansprache gegenüber Mussolini und dem Faschismus so viel milder ausgefallen als gegenüber dem französischen Nationalismus, worin man bekanntlich in Frankreich gleich eine Parteilichkeit des Papstes hat sehen wollen. Das faschistische Regime ist als „von äußerster Wichtigkeit für das Land und der Betrachtung als einer öffentlichen Wohltat würdig“ erklärt worden, wenn auch mit der Einschränkung, daß man in faschistischen Kreisen einen neuen Staatsbegriff zu vertreten scheine, der der katholischen Lehre gänzlich zuwider sei, indem man nämlich den Staat als Endzweck ansehen wolle.

Im Tessin (in Lugano) erschien seit zwei Jahren ein Wochenblatt „La Voce“. Es nannte sich konservativ-demokratisch und wurde von einer Gruppe sog. „Jung-Konservativer“ — jeunesse dorée et lettrée nannte sie Garbani-Merini einmal — herausgegeben. Seine staatspolitischen Anschauungen deckten sich wesentlich mit denjenigen der „Action Française“, aber auch des italienischen Faschismus. Demokratie und Parlamentarismus sind demnach heute ein überwundener Standpunkt; an Stelle der Demokratie, des Systems der Zahl, hat eine Aristokratie, das System der nationalen Elite; an Stelle des Parlamentarismus die mit bloß beratender Befugnis ausgestattete Vertretung der Berufsstände zu treten. In seinen auf die Lockerung des Verhältnisses des Tessins zur übrigen Schweiz gerichteten Bestrebungen glich das Blatt der „Abula“ wie ein faules Ei dem andern. Sein Katholizismus war national-italienisch, wie derjenige von Maurras national-französisch ist. Wie das zu verstehen ist, hat die „Abula“, der Geistesbruder der „Voce“, in ihrer jüngsten Nummer trefflich geschildert:

„Wenn in vergangenen, demokratisch-liberalen Regierungszeiten die Tätigkeit der Kirche schädlich und den Interessen der Nation entgegengesetzt erschien, so wird diese vielgestaltige Tätigkeit vom faschistischen Regime als ein aufbauendes und ergänzendes Element des modernen italienischen Staates betrachtet. Die Verschmelzung zwischen politischer und geistiger Macht ist eines der Hauptverdienste des faschistischen Wiederaufbaus. Die Betätigung der geistigen Aktivität der katholisch-römischen Kirche inner- und außerhalb unserer Grenzen bezeichnet die ruhmreichen und hervorragenden Etappen der lateinischen Zivilisation. Im Mittelalter, vor allem während der ganzen Renaissance und zum guten Teil in der modernen Zeit stellt die römische Kirche das zweite Imperium dar. Wer vermochte die barbarische Vorherrschaft der Reformation einzudämmen und zu brechen, wenn nicht die katholische Kirche? Die Gegenreformation war die größte Schlacht der Latinität gegen die Barbarei und ihr Sieg war ein Zeichen der Macht und lateinischer Überlegenheit. Wir Lateiner müssen uns also beugen vor der Majestät der katholisch-römischen Kirche, die durch Jahrtausende den Fort unseres geistigen Erbgutes bildete.“

Auf Anfang dieses Jahres hat nun die „Voce“ ihr Erscheinen eingestellt, mangels Geldmitteln, wie sie in ihrem Abschiedsartikel angibt. Auf den gleichen Zeitpunkt erscheint dagegen unter der Oberaufsicht und Leitung des apostolischen Sachverwalters in Lugano, Bacciarini, daselbst eine neue katholische Tageszeitung, der „Giornale del Popolo“. Das Blatt lehnt ausdrücklich jede Verbindung mit einer der bestehenden politischen Parteien des Tessins ab⁴⁾ und

⁴⁾ So schreibt es z. B. zur Neuwahl der tessinischen Regierung: „Getreu unserem Programm, uns in einer über den Parteien stehenden Sphäre zu

nennt sich entsprechend „Tagblatt der italienischen Schweiz“ (!). Es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß das Eingehen des einen und das Neuerscheinen des andern Blattes in Zusammenhang mit der neuen vatikanischen Politik steht. Die „Voce“ und ihren Kreis mit seinem national-italienischen Katholizismus trifft die gleiche päpstliche Verdamnis, wie die „Action Française“. Welches ist demgegenüber das Programm des „Giornale del Popolo“? Die katholisch-konservative Partei des Tessins besitzt im „Popolo e Libertà“ von Bellinzona seit langem ein großes, gut fundiertes und gut geleitetes Tagesorgan. Das Erscheinen eines zweiten Tagesorgans neben diesem muß also eher zersplitternd auf die Partei wirken. Wärmer als in deren Kreisen wurde das Erscheinen des neuen Tagblattes denn auch in der „Adula“ und der „Voce“ begrüßt. Schon seine Ankündigung im letzten Herbst löste dort helle Begeisterung aus. Das ist aber wohl nicht so zu verstehen, daß man dort von einem mehr oder weniger unmittelbar unter vatikanischer Leitung stehenden Blatt wirklich ernstlich eine Unterstützung der eigenen irredentistischen Bestrebungen erwartete. Immerhin dürfte man sich in vatikanischen Kreisen bewußt sein, daß man mit der unerbittlichen Verfolgung eines Programms, das u. a. Punkte enthält wie diese:

„der religiöse, moralische, kulturelle und ethnische Charakter unseres Volkes bedarf mutiger Verteidigung und fester Erhaltung“;

„weil wir in allerhöchstem Maße die Würde unseres Stammes und die Liebe zu unserer Freiheit fühlen, werden wir den reinsten (il piu puro) Föderalismus erstreben“,

dem Bund, bezw. unserer Regierung in Bern unter Umständen große Ungelegenheiten bereiten kann. Die Absicht, so etwas zu tun, wird selbstverständlich der vatikanischen Politik gänzlich fern liegen. Aber ein Blatt, das einem ganz anders unmittelbar zur Verfügung steht, als etwa das katholische Parteiblatt, bietet immerhin die Möglichkeit dazu. Bern könnte sich daher in seinem Verhältnis zum Vatikan (z. B. etwa betreffs Nuntiatur) künftig zur Rücksichtnahme auf das Vorhandensein einer solchen Möglichkeit genötigt sehen.

* * *

Kann man so im Tessin ein Bestreben feststellen, das den Katholizismus aus der allzu engen Verknüpfung sowohl mit dem kantonalen wie mit dem eidgenössischen Staatsleben herausheben will, um ihn desto unmittelbarer an die vatikanische Politik zu fesseln und für deren unmittelbare Zwecke verwendbar zu machen, so läßt sich umgekehrt beim Katholizismus der deutschen Schweiz beobachten, wie er seit Jahren tiefer und tiefer in das politische Leben des Bundes hineinwächst. Nicht als ob es nicht an gegenteiligen Strömungen fehlte. Gerade in letzter Zeit machen sich solche auch hier bemerkbar. Aber schließlich richtungsbestimmend dürften doch Auffassungen sein, wie sie vor wenigen Tagen im „Vaterland“ von dessen Berner Berichterstatter, v. Ernst, in einem Artikel „Jahreswende — Politische Wende?“ verfochten worden sind:

„In Neubetrachtungen befreundeter Blätter will eine neue politische Einstellung als das Heil der Zukunft betrachtet werden, die im Gelingen auf eine Art Abkehr vom Bunde hinausläuft. Der Urgrund der neuen Einstellung will darin erblickt werden, daß die Entwicklung einseitig das Anwachsen der Sozialdemokratie begünstige... Man schreibt von Abschlagszahlungen an den sozialistischen Geist, die von der Bundespolitik der letzten Jahrzehnte geleistet werden, von Verkümmern der

halten, wohnen wir dem Getöse der verschiedenen Strömungen bei, ohne uns einer derselben zu bedienen.“ Immerhin sei es Pflicht, denjenigen Personen die Stimme zu geben, von denen man eine Förderung der Religion erwarten könne. „Das ist eine vom Papst verkündete Pflicht, eine Pflicht, die nicht aus Parteimeinungen, sondern der Universallehre der Kirche über die Beziehungen der katholischen Bürger zum Staat entspringt.“

Kantone durch die stetige Zunahme der Bundesmacht, von Konzentration der finanziellen und wirtschaftlichen Mittel in der Hand der Eidgenossenschaft u. s. w. . . Die Entwicklung zur Sozialdemokratie ist (aber) in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. . . Das neue Wesen entsteht keineswegs bloß in der Bundessphäre; es regt sich in der Kleinstadt und im Dorf. Gemeinde und Kanton sind vor neue Aufgaben gestellt. Können sie diese neuen Aufgaben nicht lösen oder wollen sie sie nicht lösen, so wächst das rebellische Geschlecht nicht etwa im Schatten des Bundeshauses, sondern jeden Gemeindehauses und jeden kantonalen Rathauses rasch heran. Da nützt keine Abkehr vom Bunde. Nur das positive und schöpferische Schaffen bringt die Abhilfe."

Eine solche Haltung unseres deutschschweizerischen Katholizismus hat eine gewisse Ähnlichkeit mit derjenigen des deutschen Zentrums, wie überhaupt zwischen unserer konfessionellen Lage und derjenigen Deutschlands infolge ähnlicher konfessioneller Zahlenverhältnisse und wirtschaftlicher und sozialer Gliederungen gewisse Parallelen bestehen. Trotz zunehmender Besetzung staatlicher Stellen mit eigenen Parteiangehörigen hat die katholisch-konservative Partei allerdings bei uns sich noch nicht ganz die ausschlaggebende Stellung im Staate zu erobern vermocht, wie sie augenblicklich das deutsche Zentrum im deutschen Staate inne hat. Diese beherrschende Mittelstellung — das Zünglein an der Wage zu bilden — verdankt das deutsche Zentrum z. T. der eigenen Geschicklichkeit, z. T. wird es dazu aber auch durch seine innere Zusammensetzung gezwungen. „Was ist die Zentrumsparthei ohne starken Arbeiteranhang? Eine ziemlich bedeutungslose, inaktive Gruppe," hat der christlichsoziale Gewerkschaftsführer Stegerwald dieser Tage vor einer katholischen Arbeiterversammlung in Köln ausgeführt. Der Zwang zu solcher Mittelstellung kann für die katholische Zentrumsparthei von größtem Vorteil, bei veränderter Gesamtlage aber auch im gleichen Maße verhängnisvoll sein. Ähnliches gilt für unsere schweizerische katholisch-konservative Partei. Ob diese überdies vorübergehend zu so beherrschender Stellung im schweizerischen Staate gelangen wird, wie die deutsche Zentrumsparthei sie heute in Deutschland inne hat, hängt ganz vorwiegend von den geistigen Kräften ab, über die der Freisinn in den nächsten Jahren verfügen wird. Folgen die breiten Schichten des Freisinns auch weiterhin dem mehr und mehr nur noch wirtschaftspolitisch interessierten Großkapital- und Industrieflügel ihrer Partei, ohne eine eigene Führerschaft mit staatspolitischem Willen aus sich hervorzubringen, so wird in absehbarer Zeit die katholisch-konservative Partei — von der Bauernparthei dabei so oder so sekundiert — als Zünglein an der Wage zwischen links und rechts, Sozialdemokratie und Freisinn, hin und her balancieren.

Auf die internationalen Zusammenhänge der vatikanischen Politik mit der Haltung des deutschen Zentrums ist in den oben wiedergegebenen Ausführungen der „Gazette de Lausanne" aufmerksam gemacht worden. Gegenüber derartigen Annahmen ist zwar vom päpstlichen Geschäftsträger in Paris die bestimmte Erklärung abgegeben worden, daß vom Heiligen Stuhl weder die autonomistische Bewegung im Elsaß noch die Anschlußbewegung Österreichs an Deutschland irgendwie unterstützt werde. Diese Erklärung ist insofern sicherlich richtig, als dem Vatikan diese Bewegungen an sich gleichgültig sind und er sie niemals um ihrer selbst willen, also etwa aus besonderer Vorliebe für dieses oder jenes Land, unterstützt, sondern lediglich, wenn seine eigenen Ziele und Zwecke dadurch gefördert werden können. So lassen die Neujahrsansprachen der päpstlichen Vertreter in Paris und Berlin durchaus die Deutung zu, daß der Vatikan die baldige Rheinlandräumung zu fördern wünscht. Der Großteil der Bewohner der noch besetzten Gebiete sind Angehörige des Zentrums. Man bedenke den Gewinn, den Zentrum und katholische Kirche für sich zu buchen vermögen, wenn dieser Bevölkerung erklärt werden kann, daß sie ihre Befreiung vor allem dem Eingreifen des Heiligen Stuhles verdanke. Daß auch mit einem Anschluß Österreichs an Deutschland weittragende Gedanken verbunden sein könnten, liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit. Bisher scheint

der deutschösterreichische Katholizismus, der im Gegensatz zum reichsdeutschen, die weitgehende Einschmelzung und Eingliederung in den Bismarck'schen Reichsgedanken noch nicht durchgemacht hat, allerdings eher als Sturmbock gegen das protestantische Norddeutschland, was terminologisch gleichbedeutend ist mit Preußen, mobilisiert worden zu sein. Die Wellen dieser leidenschaftlichen Bewegung konnte man in den letzten Jahren oft bis in unsere stillen schweizerischen Verhältnisse hineinbranden sehen.

* * *

Zusammenfassend ist zu sagen, daß nur ein kurzer Aufriß einiger Äußerungen und Auswirkungen der vom „Ewigen Rom“ in jüngster Zeit getätigten Politik schon die Vielgestaltigkeit und Unübersichtlichkeit erkennen läßt, die sich daraus auch für unsere schweizerischen Verhältnisse und unser eidgenössisches Staatsleben ergeben. Der tragische Zwiespalt, der seit tausend und mehr Jahren durch die zum Höchsten berufene Völkerwelt Europas geht, ist noch heute lebendig. In seiner letzten Krönung macht ein vor anderthalb Jahrtausenden versunkenes Welt- und Kulturreich je und je seinen geistigen Herrschaftsanspruch geltend gegenüber einem neuen Welt- und Kulturgestaltungswillen. Letzte staatliche Gestaltung Europas, die einzig auch eine neue Geistesform zu tragen vermöchte, zerschellte immer und immer an diesem überweltlichen Herrschaftsanspruch. Auch heute wieder liegt Europa zerseht und zerseht und aus tausend Wunden blutend am Boden. Es geziemt aber nicht, deswegen zu klagen, noch zu neuem Religionskampf aufzurufen, der nur weiter verderblichen europäischen Bruderzwist schafft. Größeres gilt es zu tun: an der Brücke bauen zu helfen, die einmal über die Widersprüche und Gegensätze dieser so zwiespältigen und abgründigen, aber auch gerade darum so aller Hingabe werten Geisteswelt Europas hinüberführen muß.

Zürich, den 21. Januar 1927.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Rußland und England. — Die Entwicklung in China. — Eine neue Geschichte Ostasiens.

Jahrzehntelang war vor dem Krieg die Gefahr eines englisch-russischen Zusammenstoßes ein von der Weltpresse öfters erörterter Gegenstand. Seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts schob sich Rußland durch Zentralasien nach Süden vor. Ein Stück der bisher unabhängigen Eingeborenenstaaten Innerasiens verschwand nach dem andern in dem festländischen Riesenreich. Die Engländer ihrerseits sahen darin sofort eine Bedrohung des indischen Besitzes und machten sich eifrig daran, die Grenzen oder die Einflußzonen nach Nordwesten vorzuschieben. Sie versuchten die Kontrolle über Tibet zu erlangen. Sie bemühten sich aber vor allem an der Nordwestgrenze, in dem wilden, von kriegslustigen Völkern bewohnten großen Gebirgsland an der Grenze Indiens Ordnung zu schaffen. Das erforderte unaufhörlich kleine und größere Kriegszüge, bei denen allmählich die Linie der englischen Militärposten immer weiter vorrückte. Bis zum heutigen Tage ist es aber nicht gelungen, den zahllosen Grenzstämmen gegenüber wirklich zu gesicherten Verhältnissen zu kommen. In den letzten Jahren haben dort immer wieder kleinere Kämpfe stattgefunden. Heftig stritten sich England und Rußland um den Einfluß in dem letzten unabhängigen Staate zwischen ihren Grenzen, in Afghanistan. Für England war diese russische Gefahr ein stetes Schreckgespenst, das trotz aller andern Sorgen im Umkreise des Weltreichs ständig in der politischen Diskussion seine Stelle behauptete. Einige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges wurde deshalb Lord Kitchener, der im Sudan und in Südafrika sein Können gezeigt hatte, mit einer völligen Umbildung und Neuorganisation der englischen Armee in Indien beauftragt.

Ritchener hat dieser die Form gegeben, in der sie in den Weltkrieg eintrat und sich vollauf bewährte.

Der Zusammenbruch Rußlands im Weltkrieg schien England für längere Zeit vor jeder Bedrohung Indiens zu schützen. Das wurde im Jahre 1917 ohne viel Rücksicht auf den Bundesgenossen deutlich festgestellt. Sehr bald zeigte es sich dann aber, daß diese Rechnung falsch war. Der russische Staat schloß sich wieder zusammen, wenn auch in ganz anderer Form. Und die Bolschewisten übernahmen auf der ganzen Front die alten Ziele der russischen Politik, wenn auch in etwas anderer Einkleidung. Wohl haben sie heute die Machtmittel noch nicht, um der Verwirklichung dieser Ziele mit offener Gewalt nachzugehen. Dafür arbeiten sie dauernd umso nachdrücklicher an der ideellen Einflußnahme auf alle asiatischen Nachbarvölker. Dagegen hilft kein Entgegenkommen und keine Friedenspolitik. Der neue russische Staat befindet sich mit allen Machthabern an seinen Grenzen in dauerndem Kriegszustand. Die alte russische Gefahr ist damit für die ganze englische Machtstellung in Asien in viel schwererer Form wieder auferstanden als sie jemals früher vorhanden war.

In und nach dem Weltkrieg hat nun freilich England versucht, seinen indischen Besitz so viel als möglich zu sichern. Es hat die Verbindung mit Europa ausgebaut durch den Erwerb Palästinas als Vorwerk vor dem Suezkanal. Es hat weiter in Mesopotamien sich festgesetzt und damit den persischen Meerbusen völlig gesichert. Es hat seine Stellung in Persien erheblich gestärkt. So kann diese Westflanke des indischen Besitzes bis auf weiteres für völlig gesichert gelten. Ungeklärt sind dagegen die Verhältnisse nach wie vor im Brennpunkte des englisch-russischen Kampfes, in Afghanistan. An der Ostflanke vollends verschlechtern sich die Aussichten zusehends. Der chinesische Nationalismus wächst dort heran, von dem unten noch weiter die Rede sein soll. Als vorsorgliche Maßnahme hat denn auch England den Bau eines großen Flottenstützpunktes in Singapur begonnen. Sehr verschlechtert hat sich erst recht die Lage im Innern Indiens, wo die gesamte eingeborne Bevölkerung mehr und mehr in einen Gegensatz zur englischen Herrschaft hineinwächst. An der Schürung der herrschenden Mißstimmung sind die Sendboten Rußlands nicht unbeteiligt. Sie versuchen nicht ohne Erfolg, den mächtigen Gegner von innen heraus mürbe zu machen. Russische Sendboten sind auch sonst überall an den Grenzen des britischen Einflusses fieberhaft tätig, um die Eingeborenen zum Widerstand gegen diesen, ja zum Angriff auf ihn zu veranlassen.

Damit stellt sich also das russische Problem für England in neuerer und gefährlicherer Form. Ja es beschränkt sich heute nicht mehr allein auf den asiatischen Besitz, sondern ergreift so ziemlich alle Teile des Weltreichs. Von dem zaristischen Rußland war seinerzeit keine ideelle Gefahr zu befürchten. Heute sind die Ideen des Bolschewismus überall verbreitet. Überall auch arbeiten planmäßig die bolschewistischen Emigranten mit reichen Geldmitteln. In Südafrika hat sich ihre Tätigkeit schon sehr fühlbar gemacht. Ja selbst im englischen Mutterland ist der bolschewistische Einfluß schon so stark, daß er ernstliche Schwierigkeiten bereiten kann. So ist heute die große Auseinandersetzung zwischen dem seebeherrschenden Weltreich und dem größten Staate des Kontinents in vollem Gang. Sie drückt zweifellos der englischen Politik vielfach den Stempel auf. Wenn man deren Bahnen verfolgen will, so muß man eben neben den europäischen Ereignissen gerade so gut die Entwicklung im zentralasiatischen Hochland und an andern fernen Punkten des englischen Machtbereiches berücksichtigen. Manches wird aus den asiatischen Vorgängen klar, was man vom europäischen Standpunkte aus kaum begreifen kann.

* * *

Auf einem Teilgebiet erlebt der englisch-russische Ringkampf gerade heute einen Höhepunkt, in China. England sucht dort um seinen ganzen politischen und wirtschaftlichen Einfluß im Fernen Osten. Rußland tritt dabei nur selten offen auf den Plan; es unterstützt aber die Chinesen in ihrem Vorgehen gegen England, so weit es irgendwie kann. Es hat damit die für England ohnehin recht unangenehme Lage noch weiter verschärft.

Die Quelle der Schwierigkeiten liegt freilich bei den Chinesen selbst, die sich einem immer schärferen Nationalismus zuneigen. Die Bewegung ist durchaus begreiflich und wäre wohl auch ohne alle die fördernden Zufälle sicher gekommen. Wie sollte es auch anders sein? China ist einer der größten und dazu der volkreichste Staat der Erde, der über eine jahrtausende alte, selbst entwickelte Kultur verfügt. Das große Reich erwies sich aber bei dem ersten ernstesten Zusammentreffen mit den Europäern vor bald einem Jahrhundert deren Waffen als bei weitem nicht gewachsen. Die europäischen Staaten, später auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Japan gewannen deshalb eine förmliche Vormundschaft über China, die diesem auch manche Grenzgebiete kostete. Die Wirtschaft der fremden Staaten verschaffte sich mit Gewalt Eingang und bewies ebenfalls ihre Überlegenheit. Überall entstanden in den wichtigen Städten fremde Kaufmannskolonien, aus denen dann mit der Zeit förmliche, mit allen modernen Errungenschaften ausgestattete fremde Stadtteile herauswuchsen. Diese stehen unter fremder Verwaltung und Rechtsprechung und bilden also in jeder Beziehung Fremdkörper. Von diesen wichtigeren Niederlassungen aus wurde das Land durch fremde Dampferlinien auf den Flüssen, durch Eisenbahnbauten und alle die modernen Verkehrsmittel erschlossen. Die Fremden begannen mit der Ausbeutung der Bodenschätze und schufen schließlich richtige Industrien auf dem chinesischen Boden. Und neben dieser wirtschaftlichen Eroberung ging ebenso rasch die geistige. Die christlichen Missionare warfen sich mit Wucht auf das Land. Sie sind heute auch in den abgelegenen Provinzen zu finden. Sie haben bereits mehrere Millionen Christen gewonnen, was freilich nur 1 % der Bevölkerung ausmacht. Sie wirken aber überall als Pioniere der westlichen Kultur und Sitte. Auf den europäischen Schulen im Land und auf den Universitäten des Abendlandes wächst eine zahlreiche völlig westlich gebildete Intelligenz heran. Kurz, die alte Landeskultur bricht unter dem Ansturm des Westens zusammen. An die Stelle tritt ein Chaos, aus dem bisher noch keine vernünftige Mischung von Altem und Neuem hervorgegangen ist. Der Chineser sieht sich also in jeder Beziehung in den Nachteil versetzt. Das deutlichste Sinnbild für diese heutige Lage ist wohl die fremde Vormundschaft in den staatlichen Finanzen, Zöllen u. s. w.

Daß dieser ganze Vorgang nur unter stetem Widerstand der Betroffenen möglich war, ist bei einem derart großen und auf seine Vergangenheit stolzen Volke selbstverständlich. Aber der Widerstand nützte nichts. Heute ist wohl die Geneigtheit zur Annahme der äußern Kultur des Westens sehr weit verbreitet, wenn auch die geistigen Hemmungen geblieben sind oder erst recht wieder aufleben. Dafür ist aber mit der steigenden Bekanntschaft mit dem Westen die widerwillige Anerkennung von dessen Übermacht gänzlich geschwunden. Die Strömung, die die Abschaffung jeder Bevorzugung der Fremden in China erreichen will, ist in ständigem Wachsen. Sie möchte, kurz gesagt, die Stellung der Fremden auf die Stufe zurückdrücken, wie sie die Ausländer in den Staaten des Westens einnehmen. Dagegen wehren sich die fremden Staaten und zwar mit vollem Recht. Bei dem politischen Durcheinander, dem Fehlen jeder wirklichen Staatsgewalt, der barbarischen Justiz und der verlotterten Verwaltung wäre ein Verzicht auf die Vorrechte der Fremden in China für absehbare Zeit ziemlich gleichbedeutend mit dem Verunmöglichen des Aufenthalts und der Geschäftstätigkeit wenigstens in größerem Ausmaße. Sie müßte den raschen Verfall der modern ausgestalteten fremden Niederlassungen mit sich bringen. So war der einhellige Widerstand aller fremden Staaten gegen die Wünsche des neu erstarkenden chinesischen Nationalismus nur zu begreiflich!

Durch eine Reihe von günstigen Zufällen hat sich aber seit dem Jahre 1914 die Lage sehr zu Gunsten der Chinesen verschoben. Einmal hat der Durchbruch der westlichen politischen Ideen und die Beseitigung des alten, heiligen Kaisertums jede wirkliche Zentralgewalt beseitigt. Seit der Revolution von 1911 besteht China ständig aus einer ganzen Anzahl sozusagen unabhängiger Machtgebiete. Deshalb fehlt eine Stelle, die von den fremden Mächten unter Druck gesetzt werden kann. Die lokalen Machthaber aber lassen sich nur sehr schwer

erreichen; sie können sich vielfach gegen die Fremden ungestraft alles mögliche erlauben. In den ständigen Wirren ist auch immer wieder Gelegenheit, die unverantwortliche Masse gegen die Fremden in Bewegung zu setzen. Gleichzeitig hat es der ständige Bürgerkrieg einer Partei erlaubt, die Durchführung der nationalistischen Forderungen in ihr Programm aufzunehmen. Das hat mit sehr viel Geschick die südchinesische Kanton-Partei getan, also die am meisten von westlichen politischen Gedanken erfüllte Richtung! In ihren Plänen spielen ja sozialistische und kommunistische Ideen eine große Rolle. Mit beiden Teilen ihres Programmes ist es ihr gelungen, Anhang in den Massen zu gewinnen und vor allem die westlich gebildete Intelligenz fast restlos zum Anschluß zu bringen. Nach mancherlei Wechselfällen des Bürgerkrieges scheint nun seit Monaten die Waagschale immer mehr zu ihren Gunsten zu sinken. Die im Norden Chinas noch herrschenden militärischen Diktatoren haben beträchtlich Boden verloren. Die Kanton-Partei nützt die Gunst der Lage auch ohne weiteres aus und geht energisch gegen die Rechte der Fremden vor. Sie gewinnt sich dadurch ständig neue Volkssympathien.

Die folgenschwerste Förderung erfuhren die chinesischen Bestrebungen jedoch durch die Auswirkungen des Weltkrieges im Fernen Osten. Bis 1914 stand ihnen ja eine mehr oder weniger geschlossene Front der fremden Staaten gegenüber. Nach dem Ausbruch des Krieges war diese Front plötzlich zerschlagen. Der Krieg griff ja selbst nach Ostasien hinüber, wo die Engländer und Japaner die deutsche Besetzung Kiautschau in ihre Hand brachten. Schließlich stieg im Verlaufe des Krieges die Erbitterung in England derartig, daß man China zum Eintritt in die Feindseligkeiten bewog. Man wollte damit die wirtschaftliche Stellung der Deutschen in ganz China völlig zerstören. Das gelang! Die deutschen Niederlassungen wurden aufgehoben und das Eigentum weggenommen. Aber zugleich war damit die Front der Europäer gegenüber den Chinesen gesprengt. Ähnlich kam es mit den Russen nach dem großen Umsturz. Beide Völker müssen sich heute ohne die Vorrechte der andern europäischen Nationen behelfen. Das ist bisher gegangen, weil sie Anschluß an die andern fremden Niederlassungen gefunden haben. Die Chinesen aber können sich fortwährend auf diese Tatsache berufen und tun es auch weidlich. Längst hat man in England eingesehen, zu welchem gewaltigen Fehler man sich hat hinreißen lassen. Aber man hat keine Möglichkeit, ihn wieder gut zu machen. Die Front der fremden Mächte ist und bleibt gespalten.

Noch weit schlimmer wirkt sich aber der russische Umsturz im Osten aus. Die Bolschewisten befolgen auch in China ihre überall angewandte Taktik. Sie versuchen mit Erfolg ihre Ideen unter den gewaltigen Massen der chinesischen Bevölkerung zu verbreiten, in einer den dortigen Verhältnissen angepassten Form freilich. Zum Kampf gegen die kapitalistischen Mächte des Westens haben sie deshalb ein enges Bündnis mit dem chinesischen Nationalismus geschlossen. Sie arbeiten Hand in Hand mit der Kanton-Regierung und haben außerdem noch eigene Parteigänger.

Durch das Zusammenwirken aller dieser Umstände ist in China für die fremden Mächte eine äußerst ungünstige Lage entstanden. Diese wird noch weiter verschlimmert durch die unter ihnen herrschende Uneinigkeit. Japan geht sowieso seine eigenen Wege. Seine Politik ist zwar keineswegs klar. Es möchte einerseits gern möglichst großen politischen Einfluß und möglichst umfassende wirtschaftliche Vorteile in China haben und hat sich durch dieses Bestreben in einen scharfen Gegensatz zu dem ostasiatischen Nachbarn gesetzt. Andererseits möchten die Japaner ebenfalls gern den Nationalismus in den verschiedenen asiatischen Staaten für sich ausnützen und an die Spitze Asiens gegenüber Europa treten. Auf jeden Fall machen sie nicht mehr mit der englischen Politik mit.

Von den weißen Völkern haben heute eigentlich nur drei belangreiche eigene Interessen in China zu wahren, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Frankreich und England. Von ihnen befolgen die Amerikaner ihre bekannte Politik der rücksichtslosen Vertretung der eigenen Interessen. Sie haben seit langer Zeit eine umfassende Kulturpropaganda in China getrieben und sich auch

wichtige wirtschaftliche Positionen gesichert. Für deren Wahrung setzen sie heute alle Kräfte ein, ja sie versuchen möglichst, den Streit zu ihren Gunsten auszunutzen und sich an die Stelle der europäischen Staaten zu setzen. Wie weit die Amerikaner mit dieser Politik in Zukunft kommen werden, lasse ich dahingestellt. Frankreich seinerseits hat in seinem ostasiatischen Besitz so schwere Sorgen und außerdem sonst so viel zu tun, daß es gar keine Lust verspürt, in China irgendwie besonders energisch aufzutreten und sich in unabsehbare Streitigkeiten einzulassen.

Es bleibt also einzig England, das in China gewaltige wirtschaftliche und politische Interessen verfolgt. Auch in England ist aber die Neigung recht gering, für die Wahrung dieser Interessen viel zu wagen. Man hat auch keine rechte Zuversicht zu dem Ausgang des Unternehmens. So rüstet man zwar gegenüber dem doppelten Gegner, den chinesischen Nationalisten und den Bolschewisten. Aber man hat bisher von seinen Mitteln noch kaum Gebrauch gemacht. Es sind über das einzuschlagende Vorgehen die verschiedensten Meinungen in der englischen Politik vorhanden, sodaß man zu keinem richtigen Entschluß kommt. So räumt man denn einstweilen vor den angriffslustigen Kanton-Leuten eine Stellung nach der andern.

Die ganze Lage in China erscheint gegenwärtig für die europäischen Interessen außerordentlich gefährlich. Es ist sehr leicht möglich, daß in wenigen Jahren von den Vorrechten der Fremden im ganzen großen Reich nichts mehr übrig sein wird. Sind aber einmal diese Stellungen dahin, dann wird der Kampf unter dem gewaltigen Druck der chinesischen Menschenmassen bald im weitem Umkreise ernste Formen annehmen, z. B. in Hinterindien, auf den indischen Inseln, auf den Philippinen und in allen Teilen Australiens. Das sind gerade keine schönen Zukunftsaussichten.

* * *

Die ostasiatischen Verhältnisse werden zweifellos in der nächsten Zeit noch sehr viel erörtert werden und viel Interesse beanspruchen. Da wird manchem ein guter Führer durch die Geschichte Ostasiens willkommen sein. Ein solcher liegt nun vor in der ersten ausführlichen Geschichte des Fernen Ostens in deutscher Sprache von dem Heidelberger Universitätsprofessor F. E. A. Krause.¹⁾ Ich habe seinerzeit auf den ersten Band hingewiesen. Nun ist auch der zweite Band erschienen, der die neuere Entwicklung Chinas und Japans schildert. Die Darstellung geht immer mehr in die Breite, je näher sie der Gegenwart kommt. Über die ganze Gestaltung des Verhältnisses zwischen China und Europa findet man hier erschöpfende Auskunft. Es sei deshalb nachdrücklich auf das Werk hingewiesen.

M a r a u, den 22. Januar 1927.

S e k t o r U m m a n n.

Südtiroler-Brief.

Von der Freude über die Schaffung einer Provinz Bozen, die nach einigen deutschen Blättern in Südtirol herrschen soll, ist hier nichts zu merken. Mit dem durch trübe Erfahrungen geklärten Blick sieht man südlich des Brenners kritischer, als diejenigen in Deutschland, bei denen der Wunsch, in Italien wieder einen Freund zu haben, der Vater des Gedankens ist.

Man kann, als ausländischer Beobachter, von der politisch wie ökonomisch dringenden Notwendigkeit dieser Wiederannäherung überzeugt sein; man kann, als Kenner und Freund beider Parteien, beurteilen können, wieviel jeder dem andern zu geben im Stande wäre; aber als Historiker, wenn auch bescheidenen Grades, wird man, trotz aller Hoffnungen und Wünsche, doch immer sorgenvoll

¹⁾ F. E. A. Krause: Geschichte Ostasiens. Neuere Geschichte. 488 S., 2 Karten. Geheftet Mk. 18, gebunden Mk. 21; Göttingen, 1925, Vandenhoeck & Ruprecht.

an die unumstößliche Tatsache denken müssen, daß eine Wunde nie heilt, solange ein irritierender Fremdkörper in ihr zurückgeblieben ist. Und je offensichtlicher es ist, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, nach Ausschaltung des gefürchteten kaiserlich-österreichischen Bundesgenossen, die bedingungslos besten und gegenseitig vorteilhaftesten sein könnten, umso beklagenswerter ist es, daß Italien, von den „Freunden“ um die wertvollsten Kriegspreise betrogen und dafür mit seinem berechtigten Expansionstrieb böswillig in die falsche Richtung gekehrt, in Deutsch-Südtirol einen solchen schmerzenden Fremdkörper geschaffen hat.

Ich habe meinen italienischen Freunden oft und oft gesagt: „Ob Ihr auch unter den kritischen Augen der Welt mehr oder weniger erfolgreich fortfahrt, die deutschen Südtiroler in Euer Prokrustes-Bett zu pressen, oder ob Ihr ihnen, nach einem andern Rezept, großmütig Brosamen von dem Laib spendet, der ihnen ganz zukommt — die Geschichte Polens, Elsaß-Lothringens, die Eurer eigenen Stammesgenossen in Trient müßte Euch lehren, daß solche Wunden an einem Volkskörper sich bei der Behandlung durch Quacksalber zeitweise schließen können, aber nicht heilen. Der Besitz keines dieser vielumstrittenen Gebiete ist den betreffenden Völkern so sehr eine Herzenssache gewesen, wie der von Südtirol den Deutschen — im Reich und außerhalb —, was gerade bei dem mehr vom Gefühl als von Berechnung beeinflussten deutschen Volke nicht übersehen werden sollte. Wenn Ihr glaubt, daß, auch mit weitgehenden Konzessionen an die Südtiroler, das Interesse an und die Trauer um Südtirol in Deutschland verebben wird, so täuscht Ihr Euch. Im Gegenteil, die Wertschätzung Südtirols hat, wie das oft der Fall ist, zugenommen, seit man sich bewußt geworden ist, daß man es und was man an ihm verloren hat.“

Daß die „Weisen“ von Versailles und St. Germain nicht aus Unwissenheit oder Naivität ihren Vasallen und Helfershelfern Gebiete zugeteilt haben, die sich nach menschlicher Voraussicht für die neuen Herren zum „Floh im Pelz“ entwickeln würden, das kann den italienischen Staatsmännern ebenso wenig verborgen geblieben sein wie die Tatsache, daß das deutsche Südtirol — das der italienischen Nation niemals ein Kriegsziel war — vorzüglich den Zweck erfüllt, Italien mit einem Volke auf gespanntem Fuße zu halten, mit dem vereint es in Europa eine der schwerwiegendsten Stimmen haben könnte.

Als Bewunderer der italienischen Staatskunst, die es verstanden hat, mit mangelhaften Mitteln, auf einer Basis von militärischen Niederlagen, eine Großmacht aufzubauen, hatte und habe ich immer noch das Gefühl, daß Italien die Zuteilung Deutsch-Südtirols, mit dem seine berechtigten Wünsche und Bedürfnisse in keiner Weise befriedigt waren, nur angenommen hat, weil man es nun einmal „gewonnen“ hatte; so wie man ein in der Lotterie gewonnenes großes Automobil, das man selbst nicht brauchen kann, annimmt, um es bei der ersten Gelegenheit gegen etwas Nützlicheres einzutauschen. Wenn der Duce, der sich zur Überraschung der Welt immer mehr als Staatsmann von hohem Kaliber entpuppt, den Besitz Südtirols ebenso emphatisch betont wie seine Abneigung gegen den österreichisch-deutschen Anschluß, so scheint mir darin in erster Linie die Geste eines geschickten Händlers zu liegen, der den Wert seiner Tauschobjekte als unerschwinglich hinzustellen versteht.

Auf deutscher Seite fehlt dieses auf frisch-froher Selbstüberschätzung gewachsene Geschick, sich rar zu machen.

Der neutrale Ausländer, der dem Kampfe des deutschen Volkes gegen eine Welt von Feinden und eine Sintflut von Verleumdung bewundernd zugeesehen hat, beobachtet jetzt mit Bedauern, wie die physische und moralische Überanstrengung der letzten Jahre nachwirkt; der Deutsche vergißt, was er unter einem erdrückenden Handicap geleistet hat und welche Macht er, trotz seiner Waffenlosigkeit, heute noch darstellt. Das gefühlvolle Deutschland ist durch die lange, freundlose Periode so zermürbt, daß es geneigt ist, seine Freundschaft zu niedrig einzuschätzen und viel zu billig anzubieten.

Deutlich zeigt sich das im allgemeinen bei der überaus zarten Behandlung Italiens, das selbst wenig Freunde in der Welt und auf dem Kontinent über-

haupt nur einen möglichen guten Freund hat; und besonders bei der Bewertung des italienischen „Entgegenkommens“ in Südtirol. Wenn man heute deutsche Zeitungen liest, könnte man glauben, es bestünde begründete Hoffnung auf bessere Zeiten für die Südtiroler.

Wie steht es aber damit in Wirklichkeit?

Was die Rückgabe des deutschen Eigentums betrifft, so stammt die rosigte Beurteilung der Lage entweder von Leuten, denen ihr dortiger Besitz überhaupt keine Lebensfrage war, oder von solchen, die ihn im Geiste bereits abgeschrieben hatten und nun überrascht sind, noch etwas zu erhalten — solche Überraschungen sind erfahrungsgemäß immer angenehm. Rechtlich verteidigen läßt sich das Vorgehen Italiens nach wie vor nicht, und für die nervenzerstörenden Jahre des Bangens vor der gefürchteten Entscheidung, die Hunderte durchlebt haben, gibt es keine Entschädigung. Widerrechtliche Aneignung wird niemals zum anerkennenswerten Freundschaftsdienst, auch wenn der Räuber seinem Opfer einen Teil der Beute „schenkt“.

Auch die müssen zu den grundlosen Optimisten gerechnet werden, die in dem Ausgang des „Hochverratsprozesses“ in Verona Symptome eines Kurswechsels Italiens in der Haltung Deutschland gegenüber sehen. Die ganze Sache war so unerbaulich und dem Ansehen Italiens so wenig zuträglich, daß man den geringes Aufsehen erregenden Schlußakt viel eher als einen klugen Rückzug im eigenen Interesse als einen außenpolitischen Gunstbeweis bewerten muß. Die Leute, die schuldlos ein Jahr lang haben in Trienter Gefängnissen über italienische Justiz nachdenken dürfen, sind aus dem gleichen Grunde, wie die entschädigten deutschen Besitzer, schließlich „hochbefriedigt“ gewesen.

Daß die Loslösung von Trient und Schaffung einer Provinz Bozen ein Wunsch der Südtiroler gewesen ist, läßt sich nicht bestreiten; aber das, was sie sich gewünscht hatten, sah ganz anders aus als das, was sie jetzt haben: Ein außenpolitisch geschickt verwertetes scheinbares Entgegenkommen, in dessen voreilig wohlwollender Beurteilung man nicht zurückhaltend genug sein kann, weil es mit Fallen in allen Richtungen gespickt ist. Für die Stadt Bozen ist die Gewißheit, noch mehr als wie bisher von Italienern überschwemmt zu werden, sicher kein Gewinn. Von einer Änderung in der Verwaltung oder Beschränkung der Befugnisse des Präfekten ist nichts bekannt; aber während man in dieser Richtung wenigstens noch hoffen darf — was allerdings in Südtirol bisher immer ein unrentables Geschäft gewesen ist —, besteht leider gar kein Zweifel darüber, daß für die kleine, schwer um ihr Deutschtum kämpfende Schar Südtiroler die neue Grenzlegung der Provinz ein jedenfalls wohlberechneter, schwerer Schlag ist; volle 7 % ihrer Zahl werden dadurch vom deutschen Stammlande abgetrennt; in Trient einverleibt, müssen diese 14.000 Deutschen unter 400.000 Italienern nahezu als verloren betrachtet werden, sogar falls in der Provinz Bozen wirkliche Erleichterungen eintreten sollten. Mit einem Federstrich, der vor dem Auslande Wohlwollen gegen die Deutschen markiert, hat Italien eine breite deutsche Zone sozusagen definitiv verschluckt und damit zugleich für die Zukunft weitere Komplikationen geschaffen, deren Tragweite nur der ahnt, dem bekannt ist, daß die bisher zusammenfallende Volks- und Verwaltungsgrenze eine ganz vorzügliche strategische Grenze dargestellt hat. Diese Verlegung der Grenze von Trient bis auf 8 km südlich von Bozen muß also keineswegs nur wegen der Loslösung von 14.000 Deutschen aus dem eigentlichen Deutsch-Südtirol als das Gegenteil einer Verbesserung der Lage bezeichnet werden.

Was den Dank betrifft, den die beiden deutschen Abgeordneten der Regierung für die Schaffung der neuen Provinz Bozen telegraphisch ausgesprochen haben, so ließ die verkürzte Form, in der diese Meldung in der Presse erschien, den zurückhaltenden Ton der Botschaft der beiden Herren nicht erkennen; sie war eine notwendige Höflichkeit, der sie sich nicht entziehen konnten.

Die Nachricht von einem Danktelegramm der Handelskammer Bozen muß aus dem unwiderleglichen Grunde eine tendenziöse Erfindung sein, daß diese Handelskammer vor zehn Monaten von den Italienern aufgelöst worden ist.

Wenn, wie vermutlich, einige italienische Kaufleute so ein Telegramm geschickt haben, so hat dies mit der Stimmung Deutsch-Südtirols oder der Stadt Bozen ebenso wenig zu tun, wie die zwangsweisen grün-weiß-roten Beflaggungen, die südlich des Brenner chronisch sind. Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß auf diese Weise irgend ein „Sieg“ gefeiert wird.

Im Grunde ist es, auch im Interesse Italiens, bedauerlich, wenn das ausländische Publikum auf diese Weise hinter das Licht geführt wird; denn die Wahrheit läßt sich auf die Dauer nicht unterdrücken, ebensowenig wie der Ärger darüber, daß man sich durch ein verfrühtes Danken für etwas, was nicht gegeben worden ist, blamiert hat; Spott zum Schaden ist schlechtes Pflaster für den Weg zur Verständigung.

Für den Ausländer, der in seiner Sympathie für beide, Deutschland und Italien, das Zustandekommen der „Brücke nach Rom“ auf das Herzlichste wünscht, besteht kein Zweifel, daß ein für die Beteiligten so notwendiges und für den Frieden Europas so wichtiges Bauwerk nur auf dem soliden Fundament von Gerechtigkeit und Vertrauen errichtet werden kann; höchstens Stümper, die hinter dem Rücken eines überragenden Geistes experimentieren, können erwarten, durch allerlei Tricks Deutschland über einen wirklich gefühlten Schmerz hinwegzutäuschen.

Daß Deutschland in seiner naiven Dankesfreudigkeit, viel weniger aus Berechnung als dem Gefühl folgend, Italien reichlich entschädigen würde, wenn es ihm einen schmerzenden Dorn großmütig entfernt, darüber dürfte kein Kenner der Deutschen und ihrer uralten Zuneigung zu Italiens Land und Volk im Zweifel sein.

Gerade als Freund Italiens möchte man dringend hoffen, daß der Psychologe Mussolini sich dessen bewußt ist, daß ein und dasselbe Geschenk, zu verschiedener Zeit dargebracht, sehr verschieden bewertet werden kann; daß er die deutsche Eigenart genügend versteht, um zu wissen, daß das sich heute nach einem Freunde sehrende Deutschland das Selbstbestimmungsrecht Südtirols, als freiwilliges Geschenk der italienischen Nation dargebracht, mit jubelnder Dankbarkeit entgegennehmen würde — von dem bewundernden Beifall der Welt gar nicht zu sprechen. Der Historiker Mussolini weiß ohne Zweifel sehr wohl, daß dasselbe Deutschland später, wenn es sich seiner wiederkehrenden Kraft bewußter geworden ist, das, wofür es heute stürmisch danken würde, als sein gutes Recht fordern kann — das Recht, das aus dem Deserteur Battisti einen Märtyrer macht.

Möchte der Duce, der so mutig neue Wege beschritten hat, die einzigartige Gelegenheit nicht verstreichen lassen, durch die Tat den Mann zu schlagen, dem die friedensdurstige Welt einst schon für die Phrase als dem Messias entgegenjubelte; von dem man in Amerika jetzt mit beißendem Spott sagt, „er hat eine große Zukunft hinter sich.“

Bozen, im Januar 1927.

S. D.

Bücher-Rundschau

Amerikanische Heidenmission und Politik.

Zu den Ausführungen Hermann Hagenbuchs über nordamerikanischen Imperialismus, im Novemberheft dieser Zeitschrift, bildet eine Schrift des Breslauer Ordinarius für Religionsgeschichte und Dogmatik eine wertvolle Ergänzung.*)

*) D. Karl Bornhausen, *Der christliche Aktivismus Nordamerikas in der Gegenwart*. Nr. 2 der Hefte der Theologischen Amerikabibliothek. Breslau 1925.